

**F**RAKTION IN DER **S**TADTVERORDNETENVERSAMMLUNG **F**RIEDRICHSDORF

Matthias Heinrich  
An den Röthen 1  
61381 Friedrichsdorf  
Tel. priv.: 0 61 72/7 41 39  
Tel. gesch.: 0 69/212 39854  
E-Mail: heinrich-matthias@web.de

Herrn  
Stadtverordnetenvorsteher  
Karl-Günther Petry  
Rathaus

Friedrichsdorf, 18.03.08

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

bitte nehmen Sie folgenden Antrag der CDU-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung:

**Einführung eines Sozialpasses****Antrag:**

Der Magistrat wird beauftragt, einen Sozialpass für Friedrichsdorf einzuführen der Familien, Alleinerziehenden und Personen mit geringen Einkommen die Möglichkeit bieten soll, vergünstigt an Veranstaltungen, Kursen, Freizeitaktivitäten, dem Vereinsleben usw. teilzunehmen.

Darüber hinaus wird der Magistrat beauftragt, mit anderen größeren Städten des Hochtaunuskreises, wie Bad Homburg, Oberursel, Friedrichsdorf, Usingen oder Königstein in Kontakt zu treten, um einen Verbund für den Sozialpass mit dem Ziel der Erweiterung auf den ganzen Hochtaunuskreis zu erreichen.

**Begründung:**

Menschen, die arbeitslos sind, wenig Geld haben und/oder von Hartz IV leben müssen, ist eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auch in sehr bescheidenem Rahmen, kaum oder nur unter großen Beschränkungen möglich.

Mangelnde Mobilität, die Teilnahme an gemeinschaftlichen Veranstaltungen, die Mitgliedschaft in Vereinen, die Beschaffung von Lehrmitteln für die Kinder oder der Besuch des Schwimmbades sind Beispiele für die Einschränkungen, die mit dieser neuen Armut einhergehen.

Wenn Betroffene nur sehr wenig Geld haben, sollte es ihnen trotzdem möglich sein, an den Dingen teilzuhaben, die ohnehin in starkem Maße von der Allgemeinheit getragen werden.

Mit der Einführung eines Sozialpasses kann Friedrichsdorf als Vorreiter ein Zeichen setzen und den Mitmenschen eine kleine Hilfe zu Teil werden lassen, die zu einer effektiven Verbesserung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben beiträgt. Diese sollte in Ermäßigungen für Leistungen der Stadt Friedrichsdorf liegen, wie Schwimmbad oder kulturelle Veranstaltungen, aber ebenso finanzielle Unterstützungen umfassen, wie Vereinsbeiträge oder Kosten für die Musikschule.

Für den Hochtaunuskreis könnten die Leistungen auf die Angebote der jeweiligen Städte und Gemeinden erweitert werden. Hier sollte beispielsweise auch der ÖPNV einbezogen werden.

Zur Verhinderung unberechtigter Ansprüche oder gar des Missbrauchs sind entsprechende Kriterien als Anspruchsgrundlage festzulegen.

Abschließend möchte ich zum einen darauf hinweisen, dass für bestimmte Personenkreise - z.B. Wehrpflichtige, Rentner oder Behinderte bereits heute in öffentlichen Einrichtungen im Staats- oder Landesbesitz Ermäßigungen gewährt werden, so dass es sich eigentlich nur um die Erweiterung des Personenkreises handelt. Zum anderen möchte ich darlegen, dass die Einschätzung einiger Gruppen, die bereits laufende Projekte begleiteten, die Ausgabe eines Sozialpasses an Bedürftige würde einer Stigmatisierung dieses Personenkreises gleichkommen, seitens der Empfänger nicht bestätigt wird. Vielmehr wird aus vielen Veröffentlichungen deutlich, dass jede zusätzliche Hilfe willkommen ist.

Ich denke es wäre eine gute Geste eines Landkreises, der regelmäßig als einer der einkommenstärksten und reichsten in Deutschland festgestellt wird, betroffenen Menschen die Unterstützung der Solidargemeinschaft zu Teil werden zu lassen.

Matthias Heinrich  
stellv. Fraktionsvorsitzender